Nr. 94.2025
11. September 2025

Presse

Pressemitteilung
der SPD-Bundestagsfraktion

Erster Parlamentarischer Geschäftsführer

Wir stärken den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge

Dirk Wiese, *Erster Parlamentarischer Geschäftsführer:*

Anlässlich der heutigen Plenardebatte bekräftigt die SPD-Bundestagsfraktion ihre Unterstützung für den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge. Der Volksbund leistet eine unverzichtbare Aufgabe bei der Pflege und dem Erhalt deutscher Kriegsgräberstätten im Ausland sowie in der Bildungs- und Gedenkarbeit. Das wird auch im Bundeshaushalt entsprechend berücksichtigt.

„Erinnerung verpflichtet, indem sie Namen und Geschichten bewahrt und Verantwortung einfordert. Sie stärkt unsere Demokratie, indem sie Urteilskraft schärft, Pluralismus trägt und klare Grenzen gegen Extremismus zieht. Der Volksbund verwandelt Orte der Trauer in Lernorte der Demokratie und stärkt Versöhnung über Grenzen hinweg.

Weil Sanierungsstau, steigende Bau- und Pflegekosten und neue Anforderungen die Arbeit erschweren, sorgen wir im Bundeshaushalt für einen deutlichen Aufwuchs: zusätzliche 2 Millionen Euro bereits 2025 und Planungssicherheit über 2026 hinaus mit weiteren 2,5 Millionen Euro. Wir sichern die Substanz der Anlagen – barrierefrei, klimaresilient und vor Vandalismus geschützt. Wir stärken die Begegnungs- und Bildungsarbeit in Jugendbegegnungsstätten und Workcamps, wo Demokratie erlernt wird. Wir modernisieren die Erinnerungskultur mit einem ausgebauten digitalen Kriegsgräber-Register mit didaktischen Werkzeugen, Datenschutz und Forschungsschnittstellen sowie Patenschaften.

Das Leitmotiv des Volksbundes ‚Versöhnung über den Gräbern' ist die tägliche Arbeit einer Vielzahl von Ehren- und Hauptamtlichen. Darum stärken wir den Volksbund – für Geschichte, Jugend und Frieden."

Impressum

Nr. 94.2025 / 11. September 2025

Herausgeber: Katja Mast
Redaktion: Dominik Dicken

T 030 227 52282
030 227 51118
E Presse@spdfraktion.de

Der Text kann im Internet unter www.spdfraktion.de abgerufen werden.

SPD
Fraktion im Bundestag